

Aus dem Landtag und dem Wahlkreis



Juli / August 2017

Aus dem Landtag und dem Wahlkreis

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreunde,

um Ihnen monatlich eine Auswahl aus den interessanten Themen der CDU-Landtagsfraktion und meinen Aktivitäten im Wahlkreis zu präsentieren, finden Sie meine Online-Broschüre „Aus dem Landtag und dem Wahlkreis“ auf meiner Homepage.

Umfassende Informationen und Presseberichte zur Arbeit der CDU-Landtagsfraktion finden Sie unter www.cdu-fraktion-niedersachsen.de.

Ich hoffe sehr, dass Ihnen meine Online-Broschüre gefällt und Sie regelmäßig zu Beginn eines Monats die Zusammenfassung des vorangegangenen Monats auf meiner Homepage anklicken.

Natürlich stehe ich Ihnen für Fragen und Anregungen gerne zur Verfügung!



Herzlichst
Ihre Editha Lorberg

Juli / August Spruch:

Was wir wissen, ist ein Tropfen,
Was wir nicht wissen, ein Ozean!

(Sir Isaac Newton)

Aus dem Landtag – Juli 2017

Aufgrund der Sommerpause fand im Juli keine Plenarsitzung im Niedersächsischen Landtag statt.



Aus dem Landtag – August 2017

Folgende Anträge der CDU-Landtagsfraktion wurden im Rahmen des 49. Tagungsabschnittes des Niedersächsischen Landtages am 16. August 2017 behandelt:



Aktuelle Stunde

- Rot-grünes Bildungschaos – Schüler, Eltern und Lehrer müssen es ausbaden
- Enquetekommission „Verrat an der Freiheit – Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“

Dringliche Anfragen

- Warum hat die Landesregierung Sitzungsunterlagen durch Änderung der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Landesregierung und der Ministerien in Niedersachsen für vertraulich erklärt
- Folgen verfehlter rot-grüner Schulpolitik abmildern – erste Kurskorrekturen sofort umsetzen!
- Mehr Geld und schnellere Durchführung – Hochwasserschutz im niedersächsischen Binnenland muss besser werden

Aus dem Landtag – Presse Juli 2017

Hilbers: Handlungsbedarf beim „hidden champion“ – IT-Ausstattung von Niedersachsens Steuerverwaltung nicht so modern, wie vom Minister angegeben

Hannover. Das Niveau der Digitalisierung in den niedersächsischen Finanzämtern ist nach Ansicht des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Reinhold Hilbers, stark ausbaufähig. So geht aus einer CDU-Anfrage hervor, dass rund die Hälfte der Notebooks in Niedersachsens Finanzämtern fünf Jahre und älter sind. Auch die Computer an den Arbeitsplätzen in den Finanzämtern müssen in den nächsten Jahren modernisiert werden: 56 Prozent der Computer in den Finanzämtern sind vier Jahre und älter.

Hilbers: „Niedersachsens Steuerverwaltung als ‚hidden champion‘ beim Thema Digitalisierung zu bezeichnen, wie es Finanzminister Schneider gemacht hat, ist schon sehr gewagt. Wenn einzelne Rechner 15 Minuten zum Hochfahren benötigen und sich Programme regelmäßig aufhängen, herrscht Handlungsbedarf. Um die EDV in den niedersächsischen Finanzämtern auf einen modernen Stand zu bringen, muss in den kommenden Jahren kräftig investiert werden.“

Aus dem Landtag – Presse Juli 2017

Hilbers: Für Pensionszahlungen zukünftig bereits in der aktiven Zeit der Beamten vorsorgen, anstatt Kürzung von Altersversorgung von Beamten zu fordern

Hannover. Anlässlich der Debatte um geforderte Pensionskürzungen von Beamten in Niedersachsen erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Reinhold Hilbers: „Angesichts der steigenden Pensionsverpflichtungen von Bund und Ländern Pensionskürzungen das Wort zu reden, ist das völlig falsche Signal und wäre eine Ohrfeige für die Beamten. Es kann nicht sein, den Polizeibeamten für ihren Einsatz beim G20-Gipfel zu danken und kurz danach, wenn sich die Rauchwolken der Krawallnächte verzogen haben, die Kürzung der Altersversorgung von Beamten und damit auch der Polizisten zu erwägen.“

Auch in Niedersachsen seien steigende Ausgaben für die Versorgung der Beamten und Richter im Ruhestand zu verzeichnen, erklärt Hilbers. Die Zahl der Pensionäre sei wie auch bei der Rentenversicherung etwa bis 2027 steigend und werde dann von derzeit rund 93.000 Pensionären auf über 100.000 ansteigen.

„Die Regelungen für die Beamtenpensionen sind neu auszutarieren. Zukünftig sollte während der aktiven Zeit des Beamten finanziell für die zukünftigen Pensionszahlungen vorgesorgt werden. Dazu sollte ein Pensionsfond eingerichtet werden. Für neu eingestellte Beamte muss von Anfang an in einen Pensionsfonds eingezahlt werden, damit die Lasten nicht allein auf zukünftige Generationen verschoben werden. Da das Land keine neuen Schulden mehr aufnimmt, ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, um auch wieder in die Vorsorge zu investieren“, fordert der CDU-Fraktionsvize.

Aus dem Landtag – Presse Juli 2017

Nacke: Pistorius verharmlost linksextremistische Gewalt in Niedersachsen

Hannover. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Jens Nacke, hat die rot-grüne Landesregierung für ihren nachlässigen Umgang mit Linksextremisten in Niedersachsen scharf kritisiert.

„In Göttingen verprügeln autonome Gruppierungen Andersdenkende auf offener Straße, und der Innenminister fabuliert im WELT-Interview von der geringen Bedeutung, die linksmotivierte Straftaten bundesweit hätten. Fakt ist: In Niedersachsen hat die links motivierte Gewalt um über 50 Prozent zugenommen. Diese Entwicklung zu verharmlosen ist verantwortungslos.“

Erst im Mai hatte Innenminister Pistorius die Polizeistatistik vorgestellt und darin festgestellt, dass die Zahl der Gewaltstraftaten mit linker Motivation von 147 auf 227 Delikte gestiegen sei. Nun will er von dieser Entwicklung offenbar nichts mehr wissen:

„Für SPD und Grüne sind Gewalttäter nie links, und da fängt das Problem an“, so Nacke weiter. „Anstatt den Linksextremismus in Niedersachsen effektiv zu bekämpfen, behauptet der Innenminister, dass Gewalt mit linker Ideologie nicht zu begründen wäre. Das grenzt angesichts der massiven Gewalt und hunderter verletzter Polizisten beim G-20-Gipfel an Realitätsverlust und gefährdet die Sicherheit der Bürger in Niedersachsen.“

Dass die rot-grüne Landesregierung den Linksextremismus in Niedersachsen gar nicht bekämpfen wolle, zeige auch ihre Ablehnung eines Präventionsprogramms, das von der CDU-Fraktion im vergangenen Plenum beantragt wurde:

„Solange es gegen Rechtsextreme geht, kann der Rechtsstaat für Rot-Grün nicht stark genug sein. Gemeinsam haben alle Fraktionen einstimmig ein entsprechendes Programm auf den Weg gebracht. Doch wenn es um die Bekämpfung linker Gewalt geht, haben SPD und Grüne offenbar ein Abgrenzungsproblem. Rot-Grün ist nach wie vor auf dem linken Auge blind“, sagt der CDU-Innenexperte.

Aus dem Landtag – Presse Juli 2017

Thümler: Weil nimmt Kartell-Affäre bei VW auf die leichte Schulter – CDU fordert Regierungserklärung

Hannover. CDU-Fraktionschef Björn Thümler wirft Ministerpräsident Weil vor, die Kartell-Affäre um fünf deutsche Autobauer – in die unter anderem auch VW verstrickt ist – zu verharmlosen. „Zunächst will der Ministerpräsident von den Vorgängen bei VW bis zu den ersten Medienberichten nichts gewusst haben. Nach der Aufsichtsratssitzung redet er den Sachverhalt dann klein. Weil nimmt wie immer alles auf die leichte Schulter“, kritisiert Thümler. „Das ist ein Schlag ins Gesicht für die mehr als 600.000 VW-Arbeitnehmer. Sie leiden am meisten unter den Vorwürfen. Wenn die Marke VW durch die Kartell-Affäre Schaden nehmen würde, wäre das eine Katastrophe für sie und für ganz Niedersachsen.“

Vor allem im Hinblick auf seine eigene Rolle in der Affäre müsse Weil jetzt umgehend „vollumfänglich informieren“, betont Thümler und fordert zu Beginn des kommenden August-Plenums eine Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. „Wir wollen wissen, wie Weil im Aufsichtsrat agiert hat. Es geht um die Glaubwürdigkeit des Ministerpräsidenten. Entweder man hält Weil und Lies im VW-Aufsichtsrat bewusst dumm, oder sie haben von den Vorwürfen deutlich länger gewusst, als sie zugeben. Beides ist schlimm“, so Thümler. Er warnte den Ministerpräsidenten davor, eine Erklärung unter Vorschub der Vertraulichkeit von Aufsichtsratssitzungen zu verweigern: „Die Menschen sind zu recht verärgert über die aktuellen Entwicklungen in der Automobilbranche. Die Politik darf nicht helfen, den Mantel des Schweigens über die Machenschaften auszubreiten und damit den Eindruck erwecken, das Vorgehen der Konzerne zu billigen.“

Aus dem Landtag – Presse August 2017

Oesterhelweg und Hilbers: Unterfinanziert und ohne Plan: Hochwasserschutz in Niedersachsen muss zügig optimiert werden – Nachtragshaushalt unausweichlich

Hannover. Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Frank Oesterhelweg begrüßt die heute auf den Weg gebrachte Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro für Betroffene des jüngsten Hochwassers: „Das Hochwasser bedeutet für die Geschädigten eine enorme finanzielle Belastung, die sie nicht allein bewältigen können. Die rot-grüne Landesregierung muss eine pragmatische und unbürokratische Hilfe sicherstellen, die bei den Menschen schnell ankommt und sich nicht in Arbeitskreisen und Gremien verliert.“

Oesterhelweg kündigt zudem eine parlamentarische Initiative der CDU-Fraktion an, die den Hochwasserschutz im niedersächsischen Binnenland verbessern soll: „Niedersachsen ist in den vergangenen Jahren mehrfach von Hochwasser betroffen gewesen. Dabei wurden Schäden in mehrfacher Millionenhöhe verursacht, die vielfach von Bürgern und Unternehmen unseres Landes allein getragen wurden. Das darf sich nicht wiederholen.“ Die Planungen der CDU sehen unter anderem vor, die Vorwarnsysteme zu verbessern, den Bau neuer Talsperren voranzutreiben, den grenzübergreifenden Hochwasserschutz zu verbessern und als Land Alternativen bzw. Ergänzungen zur Elementarschutzversicherung anzubieten.

Vor allem müsse sich die rot-grüne Landesregierung endlich einen Überblick über die bereits geplanten Projekte in den Kommunen verschaffen, fordert auch der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende und Haushaltsexperte Reinhold Hilbers: „Es sind deutlich mehr Hochwasserschutzmaßnahmen in Planung, als durch den Landeshaushalt abgedeckt sind. Noch heute sind nicht alle Deichschäden behoben, die das letzte Elbe-Hochwasser verursacht hat. Die erforderlichen Mittel sind umgehend in einen Nachtragshaushalt aufzunehmen, um unverzüglich mit den Arbeiten beginnen zu können“, so Hilbers.

Hilbers weiter: „Enorme Steuermehreinnahmen auf der einen und zusätzliche Herausforderungen auf der anderen Seite machen einen solchen Nachtragshaushalt auch über den Hochwasserschutz hinaus unausweichlich. Wir wollen den Straßen- und Breitbandausbau vorantreiben, die Krankenhausfinanzierung sichern und endlich in die Tilgung der Kredite einsteigen. Dafür müssen die Mittel umgehend bereitgestellt werden. Ohne einen umfassenden Nachtragshaushalt ist der rot-grüne Doppelhaushalt bereits jetzt Makulatur.“

Aus dem Landtag – Presse August 2017

Nacke: SPD und Grüne sollten zu demokratischen Spielregeln zurückkehren

Hannover. In der Debatte um den Parteiaustritt der Landtagsabgeordneten Elke Twesten hat der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Jens Nacke, an SPD und Grüne appelliert, zu einem fairen Umgangston und demokratischen Spielregeln zurückzukehren: „In Kommentaren in den sozialen Medien, aber auch in öffentlichen Äußerungen sind Grenzen überschritten worden, die jeglichen menschlichen Respekt und jede Form von Niveau vermissen lassen. Die Kritik an Elke Twesten ist überzogen und unangemessen.“

Nacke fordert von den rot-grünen Fraktions- und Parteispitzen, die ohnehin hitzige Diskussion nicht durch haltlose Spekulationen und absurde Anschuldigungen zusätzlich anzuheizen. „Bei aller Aufregung und bei allem Engagement für die eigene Sache – ein Mindestmaß an Umgangsformen und demokratischer Kultur sollte in der politischen Diskussion eingehalten werden.“

Aus dem Landtag – Presse August 2017

Rede des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Jörg Hillmer zu TOP 4 „Entwurf eines Gesetzes zur Verankerung der Pflichten von Schülerinnen und Schülern im Niedersächsischen Schulgesetz“

- Es gilt das gesprochene Wort! -

Es ist gut und richtig, dass wir diese wichtige Gesetzesänderung hier heute gemeinsam auf den Weg bringen. Es ist gut und richtig, dass Sie von SPD und Grünen gerade noch rechtzeitig eingesehen haben, was wir schon seit dem letzten Jahr immer wieder betont haben: Wir dürfen unsere Schulen mit der Frage der Vollverschleierung im Unterricht nicht alleine lassen!

Es geht uns nicht um den Einzelfall. Es geht uns darum, dass Unterricht in unseren Schulen in Niedersachsen nur vernünftig möglich ist, wenn Kommunikation auch im üblichen Maße stattfinden kann. Und das ist einfach nicht gegeben, wenn Mädchen in den Klassenräumen einen Nikab oder eine Burka tragen, die das gesamte Gesicht verhüllen und maximal einen Schlitz für die Augen offen lassen.

Leider war die Einsicht von SPD und Grünen nicht selbstverständlich, sondern ein quälend langer Prozess. Erst waren Sie beziehungsweise Ihre Kultusministerin Heiligenstadt ganz fest der Ansicht, dass das Schulgesetz in bisheriger Form ausreicht und das Tragen von Nikab und Burka in Niedersachsen rechtswidrig ist. Dann wollten Sie das aber nicht so genau nehmen und dem Mädchen an der Oberschule in Belm – der Fall ist ja inzwischen bundesweit bekannt – nicht verbieten, ihren Nikab weiter zu tragen.

Es musste dann erst im Frühjahr dieses Jahres dem Ministerpräsidenten der Kragen platzen, dessen Staatskanzlei dann ein Gutachten bei Herrn Professor Wissmann in Münster in Auftrag gab. Und dieser Professor Wissmann kam dann zu dem Schluss, dass das Niedersächsische Schulgesetz dringend geändert werden muss. Wörtlich schrieb er, die bisherige Rechtslage sei „problematisch und letztlich unzureichend“. Deutlicher geht es nun wirklich nicht mehr.

Erst dann hat Kultusministerin Heiligenstadt endlich überhaupt etwas in dieser Angelegenheit getan. Da waren wir jedoch schon im Mai, die Sommerpause nahte, und der Kultusausschuss benötigte sogar eine Sondersitzung, um den Gesetzentwurf noch ansatzweise rechtzeitig aufs Gleis zu setzen.

Lassen Sie es mich ganz deutlich sagen: Das, was heute hier beschlossen werden soll und wird, ist ein Minimalkonsens! Wir sind mit dem Ergebnis nicht zufrieden, insbesondere wieder einmal nicht mit der Tatenlosigkeit der Kultusministerin. Sie alle haben den schriftlichen Bericht (Drs. 17/8584) meines Fraktionskollegen André Bock zum vorliegenden Gesetzentwurf erhalten. Darin ist unsere Forderung nachzulesen, dass die untergesetzlichen Regelungen zu dieser Schulgesetzänderung bis zur heutigen Plenarsitzung vorgelegt werden sollen. Das ist leider nicht geschehen! Wo sind nun die Erlasse, an denen sich die Schulen ab sofort orientieren sollen? Insbesondere: Welche Sanktionsmöglichkeiten haben die Lehrkräfte, wenn gegen das Verbot von Nikab und Burka an einer Schule verstoßen wird? Warme Worte haben auch schon im Fall in Belm nicht weitergeholfen. Kultusministerin Heiligenstadt bleibt die Antwort weiter schuldig!

Wir haben gesagt, dass wir angesichts der veränderten Mehrheitsverhältnisse hier in diesem hohen Hause in den Wochen vor der vorgezogenen Landtagswahl die Gesetze auf den Weg bringen wollen, die von besonderer Wichtigkeit für unser Land sind. Der vorliegende Gesetzentwurf gegen die Vollverschleierung an den Schulen ist so ein Gesetz. Darum werden wir heute zustimmen, auch wenn die Kultusministerin wieder einmal ihre Arbeit nicht vernünftig gemacht hat.

Aus dem Landtag – Presse August 2017

Der nächste Niedersächsische Landtag wird nach den Wahlen am 15. Oktober erneut die Möglichkeit haben, unser „Gesetz gegen die Verhüllung des Gesichts in öffentlichen Gebäuden“ zu verabschieden, das wir im März 2017 vorgelegt haben. Darin fordern wir ein Gesichtsverhüllungsverbot in allen öffentlich zugänglichen Gebäuden von Land und Kommunen. Bereits 2011 hat die CDU-geführte Landesregierung in Niedersachsen ein Verhüllungsverbot für Landesbedienstete eingeführt.

Die CDU steht für einen klaren Kompass und für klare Werte. Wir wollen, dass Frauen und Mädchen in unserer Gesellschaft ihr Gesicht zeigen und am öffentlichen Leben genauso teilnehmen können wie jeder andere Bürger Niedersachsens auch. Das Tragen einer Burka, eines Nikabs oder ähnlicher Kleidungsstücke steht im krassen Gegensatz zu unserer Kommunikationskultur und verhindert die vollwertige Teilhabe an unserer Gesellschaft, sei es im Klassenraum oder anderswo in der Öffentlichkeit. Wir wollen nicht, dass die Religionsfreiheit und -ausübung dazu missbraucht werden, die gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten, insbesondere von jungen Menschen, einzuschränken. Für uns als CDU ist klar: Die Vollverschleierung widerspricht der für unser Gemeinwesen grundlegenden Kultur eines offenen Dialogs.

Sehr geehrte Abgeordnete von SPD und Grünen,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident Weil!

Leider fehlt Ihnen ein solcher klarer Kompass. Ihre Islam-Politik ist in dieser Legislaturperiode völlig gescheitert. Sie haben nach langem Zaudern die Verhandlungen mit DITIB und Schura zu einem Vertrag abgebrochen.

Ich bedaure, dass diese beiden Verbände, die von sich selbst sagen, dass sie die Muslime in Niedersachsen vertreten, und von denen sie sich als Regierung im Landesschulbeirat beraten lassen wollen, sich noch nicht einmal an der öffentlichen Anhörung zum gemeinsamen Gesetzentwurf gegen die Vollverschleierung in Schulen beteiligt haben! Wen betrifft denn diese Gesetzesänderung sonst, wenn nicht unsere Mitbürger muslimischen Glaubens?

Wir stellen heute mit einer Schulgesetzänderung erste Weichen in die richtige Richtung. Damit stehen wir jedoch beim richtigen und vernünftigen Umgang mit vollverschleierten Frauen und Mädchen in der Öffentlichkeit erst am Anfang. Wir werden das Thema nach dem 15. Oktober wieder aufrufen. Darauf können Sie sich verlassen. Heute gehen wir nur einen ersten Schritt in die richtige Richtung.

Aus dem Landtag – Presse August 2017

Oesterhelweg: Hochwasserschutz im niedersächsischen Binnenland muss besser werden: CDU fordert Masterplan

Hannover. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Frank Oesterhelweg, hat die rot-grüne Landesregierung aufgefordert, den Hochwasserschutz im niedersächsischen Binnenland voranzutreiben und hierfür deutlich mehr Mittel als bislang zur Verfügung zu stellen. „Niedersachsen ist in den vergangenen Jahren immer wieder von Hochwasser betroffen gewesen. Dabei wurden Schäden in mehrfacher Millionenhöhe verursacht, die von den Bürgern und Unternehmen unseres Landes weitgehend allein getragen wurden. Niedersachsen muss die Menschen und ihr Hab und Gut endlich besser schützen“, sagte Oesterhelweg während der ersten Landtags-Beratung eines entsprechenden CDU-Antrags.

Die Planungen der CDU sehen unter anderem vor, die Vorwarnsysteme zu verbessern, den Bau neuer Talsperren voranzutreiben, den grenzübergreifenden Hochwasserschutz zu verbessern, eine fachgerechte Gewässerunterhaltung zu gewährleisten und als Land Alternativen sowie Ergänzungen zur Elementarschutzversicherung anzubieten. „Wir brauchen einen Masterplan, der die notwendigen Maßnahmen zusammenführt und alle Beteiligten – vor allem in den Kommunen – berücksichtigt“, so Oesterhelweg. Aktuell seien in den Landkreisen deutlich mehr Hochwasserschutzmaßnahmen in Planung, als durch den Landeshaushalt abgedeckt würden „Das Land muss mehr Geld in die Hand nehmen und sich besser abstimmen. Nur so kann Hochwasserschutz aus einem Guss gelingen.“

Der CDU-Fraktionsvize forderte SPD und Grüne auf, den Hochwasserschutz endlich ernst zu nehmen: „Verstecken Sie sich nicht hinter unausgegorenen sogenannten Klimaschutzprojekten, sondern machen Sie Ihre Arbeit – und zwar dort, wo Sie etwas bewegen können.“

Aus dem Landtag – Presse August 2017

Hilbers: Stellen-Mauschelei im Innenministerium – Ministerpräsident muss Pistorius zurückpfeifen

Hannover. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Reinhold Hilbers, wirft Ministerpräsident Weil Wortbruch vor. Hintergrund ist eine aktuelle Stellenausschreibung des Innenministeriums. Dort soll kurzfristig – bis zum 30. August – die Leitung der Abteilung 4 (u.a. IT-Sicherheit und -Infrastruktur, Glücksspiel, Vermessung und Geoinformation) neu vergeben werden. „Dass so kurz vor den vorgezogenen Landtagswahlen in absoluten Leitungsfunktionen noch Fakten geschaffen werden, ist ein Unding. Zumal der Ministerpräsident selbst zugesichert hat, man wolle auf solche Manöver verzichten“, kritisiert Hilbers. Der knappe Ausschreibungszeitraum, vom 15. bis 30. August, sowie die Beschränkung auf interne Bewerbungen, würden darauf hindeuten, dass es sich nicht um ein reguläres Besetzungsverfahren handele. Hilbers: „Offenbar steht der Wunschkandidat längst fest.“

Der CDU-Fraktionsvize fordert Weil auf, seinen Innenminister umgehend zurückzupfeifen: „Die Ausschreibung muss sofort aufgehoben und die Stelle in einem ordnungsgemäßen Verfahren in der neuen Legislaturperiode besetzt werden. Es liegt jetzt am Ministerpräsidenten zu zeigen, wie viel sein Wort tatsächlich Wert ist.“

Aus dem Landtag – Presse August 2017

Thümler: Rot-grüne Regierungskrise, nächster Akt: Dritter Staatssekretär wegen Mauscheleien entlassen – Landesregierung zerfällt

Hannover. Als „Verzweiflungstat des Ministerpräsidenten“ bezeichnet CDU-Fraktionschef Björn Thümler die Entlassung von Staatssekretär Rüter aufgrund mehrerer Vergabeverstöße. „Erst Pörksen, jetzt Rüter – erneut trifft die Vergabe-Affäre Weils unmittelbares Umfeld. Der Ministerpräsident ist ein Getriebener. Offensichtlich war die Angst vor weiteren Enthüllungen durch den Vergabe-PUA so groß, dass er keinen anderen Ausweg gesehen hat, als einen seiner engsten Vertrauten zu entlassen. Das zeigt einmal mehr, wie wichtig die Einsetzung des PUA ist, um den vielfachen Verdacht des Vergabe-Filzes aufzuklären“, sagt Thümler. „Augenscheinlich hat Rot-Grün bei Vergaben in weit größerem Stil getrickst, als bisher bekannt. Dass drei Staatssekretäre wegen zum Teil massiver Vergabeverstöße in der Kritik stehen, trägt systematische Züge. Die Vorwürfe von SPD und Grünen, der Untersuchungsausschuss sei reines ‚Oppositions-Theater‘ und basiere lediglich auf Spekulationen und Unterstellungen, dürfte sich damit endgültig erledigt haben.“ Die Landesregierung müsse jetzt umgehend alle dem PUA bislang immer noch vorenthaltenen Aktenbestandteile vorlegen, fordert Thümler. „Rot-Grün muss die Verzögerungstaktik aufgeben und endlich reinen Tisch machen.“

Die Entlassung Rüters bekräftige zudem die Entscheidung, den Landtag aufzulösen und Neuwahlen anzusetzen. „Mit Rüter muss bereits der dritte Staatssekretär wegen Mauscheleien gehen. Der Zersetzungsprozess dieser Landesregierung hat schon lange vor dem 4. August begonnen“, so Thümler. „Es ist gut, dass die Niedersachsen am 15. Oktober die Chance bekommen, sich für eine Landesregierung zu entscheiden, die sich an Recht und Gesetz hält und zu geordnetem Verwaltungshandeln in der Lage ist.“

Aus dem Landtag – Presse August 2017

Nacke: Turku-Attentäter war niedersächsischen Behörden bekannt – CDU fordert Unterrichtung durch den Innenminister

Hannover. Die CDU-Landtagsfraktion fordert genaue Informationen zum Aufenthalt des Turku-Attentäters sowie möglicher Unterstützer in Niedersachsen. Jens Nacke, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion: „Wie wurden die Terror-Verdächtigen erfasst? Wie kann es sein, dass sie sich offenbar dennoch frei bewegen und sogar nach Finnland ausreisen konnten? Der Innenminister muss jetzt umgehend aufklären, was die niedersächsischen Behörden wussten.“ Medienberichten zufolge hatte sich der Attentäter vor dem Anschlag monatelang in Deutschland aufgehalten – in Niedersachsen wurde er offenbar sogar erkennungsdienstlich erfasst. Zwei mutmaßliche Mittäter sollen sich unter anderem in Göttingen und Osnabrück bewegt haben – auch sie sollen aufgrund verschiedener Delikte aktenkundig sein. Eine entsprechende Unterrichtung des Innenausschusses hat die CDU bereits beantragt.

„Möglicherweise rächt sich jetzt Pistorius‘ lascher Umgang mit dem Problem der Mehrfachidentitäten aus falscher Sorge vor der Diskriminierung bestimmter Herkunftsländer – wie bei den zahlreichen Fällen in der Erstaufnahmeeinrichtung in Braunschweig“, so Nacke weiter. Einer der Verdächtigen war den Behörden offenbar wegen illegalen Aufenthalts bekannt – er soll mehr als fünf Identitäten benutzt haben.

Aus dem Landtag – Presse August 2017

Thümler: Rot-grüner Regierungstreit um Elbmündung belastet norddeutsche Zusammenarbeit – Weil muss Wenzel zur Ordnung rufen

Hannover. CDU-Fraktionschef Björn Thümler fordert Ministerpräsident Weil auf, im Streit zwischen Wirtschaftsminister Lies und Umweltminister Wenzel um die Ausweisung weiterer Naturschutzgebiete an der Elbmündung klar Position zu beziehen. „Wenn sich seine Minister nicht einigen können, muss der Ministerpräsident eingreifen. Ist die Ausweisung eines weiteren Naturschutzgebietes an der Elbmündung für die Umsetzung der EU-Richtlinien wirklich erforderlich, oder nicht? Der rot-grüne Koalitionskrach belastet zunehmend auch die Zusammenarbeit mit den anderen norddeutschen Ländern. Das ist nicht akzeptabel“, so Thümler. Vor allem das offenbar nicht abgestimmte Verhalten des Umweltministers vertiefe die ohnehin bestehenden Gräben zum Hamburger Senat. Thümler: „Die Ignoranz des stellvertretenden Ministerpräsidenten gegenüber elementaren wirtschaftlichen Interessen Niedersachsens macht fassungslos. Ohne Not will er die wirtschaftliche Entwicklung an der Unterelbe genauso wie an der Unterweser massiv beschneiden.“

Angesichts der Tragweite des Konfliktes irritiere die andauernde Sprachlosigkeit des Ministerpräsidenten. Zumal es nicht das erste Mal sei, dass es zwischen Wirtschafts- und Umweltministerium krache: „Schon bei beim Zulassungsverbot von Pkw-Verbrennungsmotoren und bei der Bundesratsabstimmung zu beschleunigten Planungsverfahren beim Bundesfernstraßenbau war von rot-grüner Einigkeit nichts mehr zu spüren“, so Thümler. „Weil hat das Spielfeld gänzlich verlassen und betrachtet das Geschehen nur noch von der Zuschauertribüne aus – offenbar hofft er, so weiteren Schaden von seiner Regierung abwenden zu können. Das wird nicht funktionieren.“

Aus dem Terminkalender - im Landtag – August 2017

Schülerreporter berichten aus dem Landtag

Vier Zwölftklässler, alle Redaktionsmitglieder der IGS-Online-Schülerzeitung „Flash“, hatten sich für die Teilnahme am Projekt Landtag-Online-Redaktion bei der Landesinitiative n-21 beworben. Die Schüler durften über das Augustplenium im Landtag berichten. Editha Lorberg begleitete die Schüler als Patin.



Aus dem Kalender – unterwegs im Juli / August 2017

Abwechslungsreiches Programm bei der CDU-Sommertour – 04. Juli 2017

Heute besuchten die CDU-Abgeordneten Hendrik Hoppenstedt MdB und Editha Lorberg MdL verschiedene Unternehmen und Einrichtungen in der Wedemark. Begleitet wurden Sie von Gerhard Menke, Susanne Kopp und Hennig Burtz, alle Vorstandsmitglieder der CDU Wedemark.

Am Morgen stand der Besuch des Mehrgenerationen Hauses in Mellendorf auf dem Programm. Das Projekt, welches durch die Freiwilligen Agentur der Gemeinde Wedemark begleitet wird, sieht vor, dass in den nächsten Jahren viele der 62 Gruppen und Initiativen aus der Wedemark in der heute noch bestehenden Berthold-Otto-Schule Platz finden sollen. 2020 läuft die Förderschule aus. Bis dahin können die Schulräume aber schon am Nachmittag ab 16.00 Uhr genutzt werden. Daniel Diedrich, der das Projekt leitet, koordiniert zur Zeit u. a. die Raumbellegung.

Der nächste Termin lies Urlaubsstimmung aufkommen. Im First-Reisebüro in Bissendorf erfuhren die Gäste, wie problematisch die Umsetzung der EU-Pauschalreisen-Richtlinie für die mittelständischen Reisebüros sein kann. So müsse dringend geklärt werden, ob in Einzelfällen eine Veranstalterhaftung auf die Reisebüros zukommen könnte. Das Reisebüro wurde von Hanne Reyer aufgebaut und nun an ihren Sohn weitergegeben. Neben dem touristischen Bereich kümmert sich Sebastian Reyer sehr stark um die Abwicklung von Firmenreisen.

Zur Mittagspause traf sich die CDU-Delegation im Gasthaus Stucke in Mellendorf. Nach dem ausgezeichneten Mittagstisch folgte ein Gespräch mit dem Ehepaar Stucke über die immer weiter steigende Bürokratie in der Gastronomie. Das Gasthaus Stucke ist seit vielen Generationen im Familienbesitz. Dass das so bleibt, wünscht sich das Ehepaar Stucke sehr. Daher ist es selbstverständlich, dass regelmäßig in ein schönes, liebevoll gestaltetes und gemütliches Ambiente investiert wird.



Aus dem Kalender – unterwegs im Juli / August 2017

Am Nachmittag ging es auf den Hof der Familie Backhaus in Plumhof. Auch hier kann auf eine lange Familiengeschichte, die bis 1684 zurückgeht, verwiesen werden. Der Betrieb hat 12 Mitarbeiter, die in unterschiedlichen Bereichen und mit unterschiedlichen Arbeitsstunden eingesetzt werden. Von der Biogasanlage, über die Pferdezucht und die Pferdepenion bis zum Ackerbau und den 200 Milchkühen, hier wird nach modernen und wissenschaftlichen Maßstäben gewirtschaftet. Tierwohl steht ganz oben bei Familie Backhaus, die gerne ihren Hof für die Öffentlichkeit öffnet (vorausgesetzt, am hat sich vorher angemeldet). Alle drei Kinder der Familie Backhaus haben sich Berufe mit landwirtschaftlichem Bezug ausgesucht.



Anschließend befassten sich Editha Lorberg und Hendrik Hoppenstedt mit dem Thema Sicherheit. Das Unternehmen fr-Sicherheitssysteme in Mellendorf bietet eine Menge Sicherheitstechnik an. Ob mechanische und elektronische Systeme, die Mitarbeiter setzen auf eine persönliche Beratung vor Ort, bei der die Qualität ganz oben steht. Paniktüren oder die Sicherheit bei der Gestaltung von Fluchtwege gehören ebenso zu den Angeboten, wie Tür- und Fensterverriegelungen. Das Unternehmen ist zur Zeit mit der Sicherheitstechnik im Landtag befasst. Auch zu der Sicherheit in die Elbphilharmonie hat fr-Sicherheitssysteme beigetragen.



Aus dem Terminkalender - im Wahlkreis - 2017

07. August 2017

Christian Wulff besucht die Wedemark

Auf Einladung der CDU Wedemark kam Bundespräsident a.D. Christian Wulff zu einem Vortrag in das Gasthaus Stucke in Mellendorf. Unter dem Titel „Ansichten auf Deutschland und Europa“ befasste er sich mit der schwierigen Situation in der Europäischen Union. Begleitet wurde Christian Wulff von Dr. Hendrik Hoppenstedt.

10. August 2017

Besuch der Fa. Jesco in der Wedemark

Im Rahmen der CDU-Sommertour besuchten der Europaabgeordnete Burkhard Balz, Dr. Hendrik Hoppenstedt und Editha Lorberg die Fa. Lutz-Jesco in Hellendorf.

31. August 2017 Podiumsgespräch

Der CDU-Gemeindeverband Wedemark veranstaltet künftig „Podiumsgespräche“ zu aktuellen Themen. Das erste Podiumsgespräch fand am 31. August 2017 statt. Es ging dabei um den Einsatz der Bundeswehr in den Krisengebieten der Welt. Die Vorsitzende des Gemeindeverbandes Editha Lorberg hatte für das Gespräch den Kommandeur der Feldjäger der Bundeswehr, Herrn Brigadegeneral Udo Schnittker, eingeladen. Als weiterer Gesprächspartner war der Bundestagsabgeordnete Dr. Hendrik Hoppenstedt in die Wedemark gekommen.
